

1. Rede von Kommandant Frénot an die Bürgermeister des Kreises am 27.08.1945

aus dem Stadtarchiv Nagold

In einer vom Landrat des Kreises einberufenen Bürgermeisterversammlung hielt der neue Gouverneur, Herr Kommandant Frénot, anlässlich seines Amtsantrittes im großen Ratssaal in Calw eine Einführungsrede, in welcher er Grundsätzliches zur gegenwärtigen Lage sagte und Weisungen auf einzelnen Sachgebieten erteilte.

Wir sind, so begann der Gouverneur, nicht hierhergekommen, um Vergeltung zu üben oder Sie zu unterdrücken; aber wir haben die Aufgabe, was an das alte System erinnert, verschwinden zu lassen und Sie für jenes demokratische Land vorzubereiten, das nach den Beschlüssen der Friedenskonferenz aus Deutschland werden soll. Wenn Sie uns hierbei unterstützen und mit uns arbeiten, brauchen wir keine Gendarmen und kein Gefängnis! Als früherer Chef der französischen Sicherheitspolizei im Lande Baden besitze ich bei politischen Beurteilungen die nötige Erfahrung, um zu wissen, daß es Parteigenossen schon vor 1933 gibt, die weniger gefährlich sind als solche von 1944 oder als manche Nichtparteilichen. Natürlich bleiben dessen ungeachtet die Vorschriften der Alliierten Militärbehörden maßgebend.

Deutschland, so fuhr der Gouverneur fort, kenne ich sehr gut; ich bin in meiner Jugend in Österreich erzogen worden, habe in Heidelberg studiert, war 16 Monate lang Kriegsgefangener und bin korrekt behandelt worden. In Frankreich war ich dann der Gefangene Ihrer Gestapo und weiß daher auch, was das bedeutet. Ich habe hundertmal von Deutschen gehört: „Wir haben davon nichts gewußt, wir können nichts dafür.“ Das verstehe ich, die Welt versteht es nicht. Aber seit wir hier sind, sind wir alle zu der Erkenntnis gekommen, daß wir Sie nicht verantwortlich machen können, Sie aber trotzdem Ihren Teil an dieser Schuld tragen müssen.

Kommandant Frénot ermahnte die Bürgermeister wiederholt, sehr diszipliniert zu sein und

sich streng an die ihnen gegebenen Weisungen zu halten. Im Fall von Übergriffen - bei einer Armee im Vormarsch, wie bei einer Besatzungsarmee werde es immer solche geben - wolle er für Recht und Genugtuung Sorge tragen. Der Winter werde hart sein und müsse in Disziplin und Ordnung überstanden werden. Das Frühjahr bringe dann Erleichterungen, vor allem dürfte dann eine politische Betätigung möglich sein. 1946 sei wahrscheinlich die endgültige Friedenskonferenz. Deutschland bleibe weiterhin ein selbständiges Land und die schwersten Zeiten dürften im März-April vorüber sein, weil Kriegserzeugnisse nicht mehr gebraucht würden und dann ganz Europa verpflegt werden könne.

Größten Wert maß der Gouverneur der Haltung der Jugend zu. Wir wissen, so sagte er, daß Ihre Jugend sehr schlecht beeinflußt worden ist. Wenn, dann werden Überraschungen von dorthin kommen. Ich habe jederzeit Verständnis für Ihre sehr schwere Lage, bin aber unerbittlich, wenn Ruhe und Ordnung gestört werden. Wir nehmen keine Geiseln! Aber vergessen Sie nicht, daß immer die gesamte Gemeinde haftbar ist, auf deren Markung ein Sabotageakt verübt wird. Wir stellen Sie nicht an die Wand, aber die Gemeinde wird schwer zu tragen haben! Der Kreis Calw besitzt einen guten Ruf. Mein Vorgänger, Kommandant Boulanger, hat tadellos gearbeitet und es mir sehr erleichtert. Ich bin vielleicht sehr hart, wenn etwas vorfällt, aber mit meinem Verständnis können Sie immer rechnen.

Zu einzelnen Fragen führte Kommandant Frénot unter anderem aus:

Requisitionen und Käufe

Eine Truppe könne nicht von der Versorgung durch die Intendanz allein leben, sondern sei auf Zuschüsse aus dem Besatzungsgebiet angewiesen.

Die Truppe werde

1. Bons d'achat (Kaufanweisungen),
2. Bons de prestation (Ablieferungsanweisungen) bekommen, erstere mit Bezahlung, letztere ohne Bezahlung. Solche würden jedoch nur in äußerst beschränktem Masse ausgegeben werden. Die Gemeinden dürften bei Beschlagnahmen erklären, die Weisung zu haben, nichts ohne Bons abzugeben.

Wohnungsbeschlagnahmen

Die Ortskommandanten haben das Recht, Wohnräume zu beschlagnehmen; doch müssen Einquartierungen an den Kreiskommandanten gemeldet werden. Es soll, so sagte der Gouverneur, dadurch verhindert werden, daß durch Wegnahme von Wohnraum Leute hart betroffen werden, die dies nicht verdienen. Wir ziehen es vor, daß ein alter Parteigenosse der Leidtragende ist und nicht gerade ein Antifaschist.

Zur Versorgung mit Lebensmitteln führte der Gouverneur unter anderem aus: Sie gehen schweren Zeiten entgegen. Württemberg und Baden müssen in den Monaten August und September Truppen und Zivilbevölkerung der französischen Rheinlandzone mit Fleisch versorgen. Die Bevölkerung in jener Gegend ist vor der Rheinlandbesetzung mit den Herden weggezogen und entweder gar nicht oder ohne Herden zurückgekommen. Folglich müssen Württemberg und Baden unter schweren Opfern Vieh stellen. Die Ziffern sind erschreckend hoch, so daß sogar Milchkühe geschlachtet werden müssen.

Hungersnot ist immer ein Grund zu Unruhen, und wir haben daher das Interesse, daß die Bevölkerung das zum Leben Notwendige erhält. Am schwersten ist der Monat August, weniger schon der September. Ab Oktober kann man bereits wieder Gefrierfleisch anliefern, während jetzt der Transport noch nicht möglich ist. Die Fleischration der Bevölkerung wird daher zunächst außerordentlich gering sein. Der Kreis Calw kann sich nicht ernähren, es müssen daher alle unnötigen Esser weg. Die Russen kommen zur Zeit fort, die anderen Nationen werden noch einige Zeit bleiben. Weg müssen auch die hier nicht arbeitenden Flüchtlinge aus anderen Kreisen und Städten. Jedenfalls: jammern gibt

es nicht! Wir müssen den Winter überstehen und Sie werden ihn überstehen.

Reiseausweise

Mein Gouvernement stellt die Ausweise für jeden Ort in der französischen und amerikanischen Zone von Württemberg aus. Über Württemberg hinaus gibt sie die Militärregierung, die derzeit ihren Sitz noch in Freudenstadt hat, bald aber nach Tübingen geht. Die Bürgermeister werden die Gesuche sammeln und zweimal in der Woche an den Landrat senden, die Stadt Calw täglich. Legen Sie Ihren Leuten jeden Tag nahe, nicht unnütz zu reisen. Verwandte besuchen und so weiter gibt es nicht! Die Straßen und Bahnen müssen für andere Zwecke frei sein und vor allem die Fahrbereitschaft ist nicht dazu da, mit den wenigen Wagen auch noch Leute zu transportieren. Der wichtigste Grund, der anerkannt wird, ist endgültige Heimkehr; solche Leute haben allerdings kein Recht mehr, zurückzukommen und dürfen keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Reisegenehmigung bekommen ferner alle Antragsteller, die für die Militärregierung, die Truppe oder in öffentlichen Diensten reisen.

Innerhalb des Kreises dürfen Sie frei verkehren. Um Ihnen eine Erleichterung zu geben, stellen wir ausnahmsweise auch für die Kreise Pforzheim und Karlsruhe hier die Ausweise aus, da ein sehr starker Verkehr mit diesen Kreisen besteht. Ein Ansuchen für eine Reise ausserhalb Württembergs dauert länger, weil die Anträge mit Kurier nach Freudenstadt gehen und von dort wieder zurückkommen müssen. Das Ausfüllen der Anträge in französischer Sprache wird nicht kategorisch verlangt, ist aber auf alle Fälle besser.

Polizei

Die gesamte Polizei, Gendarmerie und Ortspolizei untersteht dem Landrat. Nur die größeren Städte sollen unter Aufsicht des Bürgermeisters eine Ortspolizei haben. Zunächst ist die Polizei zu uniformieren; die Uniform muß für den ganzen Kreis, womöglich für das ganze Land einheitlich sein und soll nicht an die Uniformen der einstigen Wehrmacht erinnern.

Die Deportierten

Zum Problem der deportierten Zwangsarbeiter sagte der Gouverneur unter anderem: Ich weiß, daß Sie sehr darunter gelitten haben und kann darauf nur immer die eine Antwort geben: Kein einziger Russe und kein einziger Pole oder Jugoslawe ist freiwillig nach Deutschland gekommen. Ich verlange von den Russen und Polen genau so Disziplin wie von Ihnen. Nicht um Sie zu schützen, sondern als Vertreter der französischen Regierung bin ich es mir schuldig, daß in Ihrem Lande Ruhe und Ordnung herrschen. Wenn Sie von Deportierten angegriffen werden, hat es keinen Sinn, sich zu schlagen. Alarmieren Sie die nächste Truppe und trachten Sie danach, Namen und Lager zu erfahren; die Leute werden sehr schwer bestraft.

Alle anderen Ausländer (nicht Deportierte), die noch im Kreis sind, werden in Lagern zusammengesogen. Ich verlange von den Bürgermeistern, daß bei ihnen stets eine genau geführte Liste der Ortsfremden aufliegt.

Die Transportfrage

Es herrscht bei Ihnen noch ein großer Egoismus. Wenn Sie von dem Standpunkt ausgehen: Ja, in meiner Gemeinde gibt es viele Lastwagen, aber die sollen nur bei uns bleiben, so ist das falsch. Ich verlange Disziplin! Schäden an den Wagen vorzuschützen, hat keinen Sinn. Ich rate Ihnen,

den Fahrbereitschaftsleiter stets zu unterstützen, sonst kommen Sie nicht weiter. Sie fahren nicht für uns, sondern für sich selbst. Stellen Sie daher die Wagen voll und ganz zur Verfügung, wenn wir sie brauchen!

Der Telefonverkehr

muß vorerst auf Bürgermeisterämter, Polizeistellen, Gendarmerieposten, Feuerwehr, lebenswichtige Betriebe, Ärzte und Hebammen beschränkt bleiben, denn wir haben Waffenstillstandszeit - keine Friedenszeit. Hingegen kann in absehbarer Zeit mit einfachem Briefverkehr und Postscheckverkehr gerechnet werden - Ärzte und Gemeinden sollen demnächst einen kleinen Benzinvorrat erhalten.

Nach kurzer Vorstellung der Gendarmerie durch den Landrat forderte der Gouverneur abschließend nochmals Disziplin, absolute Wahrhaftigkeit und verantwortungsbewußte Mitarbeit.

Im Anschluß an die Besprechung des Herrn Gouverneurs mit den Bürgermeistern hatten diese noch unter Leitung des Landrats eine eingehende Aussprache über weitere, laufende Verwaltungsfragen, insbesondere die Holzbewirtschaftung, das Wohnungswesen, die Bauwirtschaft, Fliegerschädenbeseitigung, Personenschäden und Viehaufbringung.



Behelfsgeld der alliierten Militärbehörden, das schon 1944 gedruckt wurde.